

# EUROPA NEU BEGRÜNDEN

## VORSCHLAG ZUM AUFBAU EINER EUROPaweITEN MOBILISIERUNG

Der Beschluss des Fiskalpakts, der auf das europäische Semester, den Euro-Plus-Pakt und den Sixpack folgte, stellt ein weiteres europäisches Abkommen dar, das sich ausschließlich auf die Durchsetzung von Haushaltsdisziplin bezieht und damit die Macht der nationalen Parlamente über den Beschluss ihrer Haushalte beschneidet - und so demokratische Entscheidungsprozesse weiter einschränkt. Wir sehen uns konfrontiert mit einem einseitigen Umbau der politischen Institutionen der europäischen Union zu Räumen der Überwachung und Wirtschaftsregierung ohne jegliche demokratische Kontrolle. Gleichzeitig nutzen die Institutionen der EU und die Regierungen der Mitgliedsstaaten die aktuelle Situation um einen entscheidenden Schritt in Richtung einer politischen Union vorzunehmen.

Die Europäische Kommission hat in ihrer Sitzung vom 28. und 29. Juli 2012 den Präsidenten des Europarates, die Kommission, die Eurogruppe und die europäische Zentralbank damit beauftragt, bis Dezember 2012 Vertragsänderungen vorzuschlagen. Diese Vorgehensweise erlaubt es Mitgliedsstaaten und nicht gewählten Institutionen im Alleingang einen Reformprozess einzuleiten. Erstmals in der Geschichte Europas wird dabei eine Zentralbank in den Mittelpunkt einer Verfassungsänderung gerückt.

Den BürgerInnen Europas werden nur zwei Möglichkeiten zur Lösung der momentanen Krise angeboten: Einerseits eine weiter gehende europäische Integration, die auf Wettbewerbsfähigkeit, Deregulierung und Liberalisierung basiert und dabei die Demokratie völlig außer Acht lässt, und andererseits eine europäische Desintegration, die sich auf die Nationalstaaten zurückbesinnt und damit den weiteren Anstieg von Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit riskiert.

Wir meinen, dass es eine Alternative gibt: einen Weg aus der Krise, der auf Solidarität, Kooperation und Stärkung der demokratischen Prozesse aufbaut. Ein solcher neuer Ansatz muss die BürgerInnen aktiv einbinden und stellt für uns den einzigen gangbaren Weg aus der andauernden politischen Krise dar.

Jene Menschen, die gegenwärtig von den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen sind und doch Tag für Tag die Folgen dieses dramatischen Demokratiedefizits tragen müssen, sollten ihre Kräfte vereinen und einen alternativen Plan entwickeln, wie Europa neu begründet werden kann.

Diese betroffenen Gruppen schließen vor allem die Mehrheit der Menschen, die zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozialen Bewegungen ein - sie sind es, die unter den Folgen von Entscheidungen, bei denen sie keine Mitsprache hatten, zu leiden haben; Gewerkschaften, die auf nationaler Ebene gegen immer verbindlichere überstaatliche Vorschläge zur Prekarisierung von Arbeit und Lohnkürzungen kämpfen müssen; Parteien sehen sich mit der Einschränkung der politischen Spielräume in den Mitgliedsstaaten und der erschwerten Umsetzung alternativer

Politik konfrontiert; das Europäische Parlament wird bei wichtigen Entscheidungen zunehmend umgangen.

Aus diesem Grund schlagen wir vor, einen Prozess zu beginnen, der zu einer demokratisch legitimierten Versammlung von BürgerInnen und Zivilgesellschaft führt. Wir als BürgerInnen und EinwohnerInnen Europas, als zivilgesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften, NGOs und lokale Entscheidungsgremien fordern eine entscheidende Rolle bei der Neuformulierung der europäischen Verträge. Insbesondere stehen wir für die folgenden Prinzipien:

- a.) Ein neuer EU-Vertrag ist notwendig; ein Vertrag, der statt Kürzungspolitik und Marktliberalismus demokratische, soziale und ökonomische Rechte ins Zentrum stellt.
- b.) Ein neuer EU-Vertrag muss auf Solidarität und Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten aufbauen, dem Europäischen Parlament eine zentrale Rolle in der Umsetzung der gemeinsamen Interessen der europäischen BürgerInnen zuweisen und sicherstellen, dass die Entscheidungsfindung nicht auf nationalen Denkmustern und Interessen beruht.
- c.) Ein neuer EU-Vertrag muss von einer demokratisch legitimierten Versammlung entwickelt werden, in der die BürgerInnen eine entscheidende Rolle einnehmen und direkt beteiligt sind. Letztendlich muss ein neuer EU-Vertrag in einer europaweiten Volksabstimmung abgestimmt werden.

## **Schritte auf dem Weg zu einem neuen Europa**

### **FLORENZ 10 + 10**

Das Treffen in Florenz hat zum Ziel BürgerInnen, soziale Bewegungen, NGOs und soziale Netzwerke für vier Tage zusammenzubringen. Im Zuge dessen schlagen wir die Organisation einer größeren europäischen Zusammenkunft vor, um die oben genannten Vorschläge gemeinsam zu diskutieren, konkrete Strategien für ihre weitere Verbreitung zu entwickeln und eine transnationale Koalition zu bilden. Deren Ziel wird es sein, die Zivilgesellschaft zu mobilisieren und die breite Öffentlichkeit über den Beginn dieses Prozesses zu informieren.

Im Vorfeld des Treffens sind alle interessierten Gruppen dazu aufgerufen den Vorschlag zu diskutieren sowie Ideen, Materialien und Best Practice-Beispiele auszutauschen. So sind wir in Florenz ausreichend politisch und rechtlich vorbereitet um uns auf konkrete Schritte in den nächsten Wochen und Monaten einigen zu können.

### **PRÄSENTATION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT**

Wir schlagen vor parallel zur Sitzung des Europarates am 10. und 11. Dezember einen Gegengipfel im europäischen Parlament zu veranstalten. Dabei soll der in Florenz erarbeitete Vorschlag weiterentwickelt und den Mitgliedern des Parlaments präsentiert werden um einen Kommunikationsprozess mit den einzigen gewählten RepräsentantInnen der EU zu starten und mögliche Annäherungspunkte zu identifizieren.

## **EINBINDUNG VON GEMEINDEN**

Der BürgerInnenpakt hat gute Aussichten auf Erfolg, wenn er auch Gemeinden einbinden kann. Es soll gezeigt werden, dass auch in den unteren Entscheidungsebenen die Notwendigkeit einer Alternative und einer Stärkung der Demokratie gesehen wird. Eine Kampagne soll Gemeinden dazu aufrufen einen BürgerInnenpakt zu fordern, der die aktive Einbindung von BürgerInnen in europäische Entscheidungsprozesse ermöglicht. Diese Gemeinden könnten in der Region öffentliche Veranstaltungen organisieren, bei denen die oben genannten Überlegungen mit den BürgerInnen diskutiert werden.

Florenz 10 + 10 bietet eine gute Gelegenheit, die Unterstützung von BürgermeisterInnen und anderen VertreterInnen europäischer Städte einzuholen, eine "Charta von Florenz" zu entwerfen und die lokalen Gemeinden aufzufordern, sich für den Prozess des BürgerInnenpaktes einzusetzen.

Diese Initiative ist ein Vorschlag von:

European Alternatives, Attac Austria, AltraMente, FLARE, Movimento Federalista Europeo, Transform, Osservatorio Europa